April 2013
8 EUR / 12,50 CHF
www.cicero.de

Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

Tugendfuror

Übertreiben wir es mit der politischen Korrektheit?

Kulturkampf

Udo Di Fabio über die Homo-Ehe

Fleischeslust

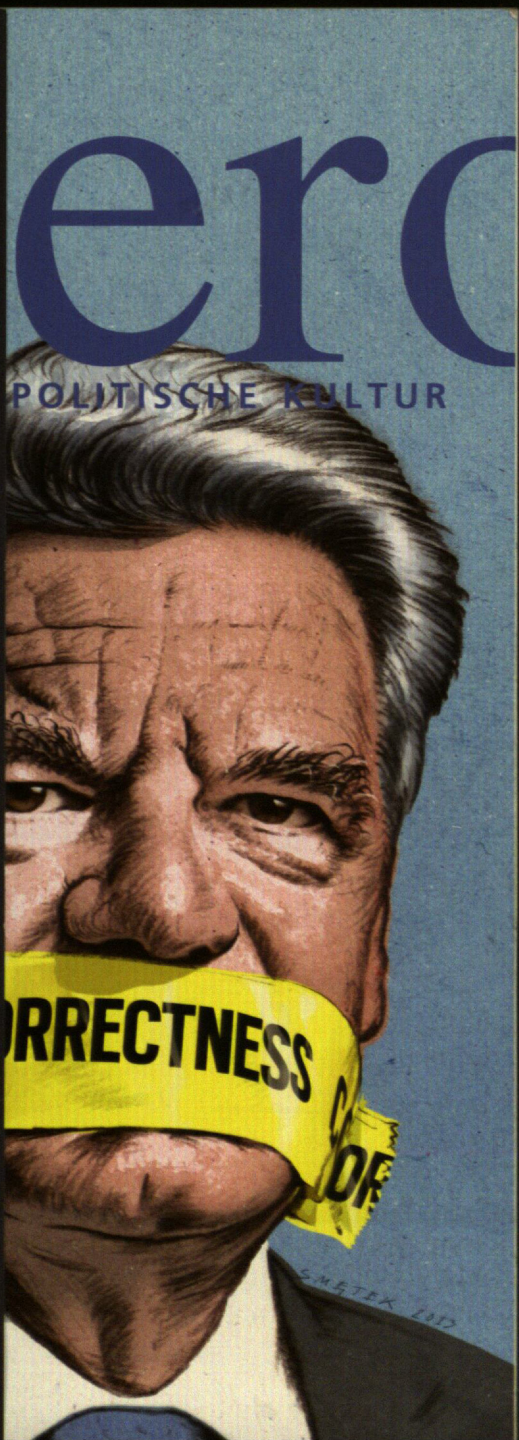
Amelie Fried und ihr Widerstand gegen den Vegetarismus

Ruhrbaronin

Fritz Pleitgen trifft Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Politzirkus

Petra Reski erklärt Beppe Grillo



04

Österreich: 8 EUR, Benelux: 9 EUR, Italien: 9 EUR
Spanien: 9 EUR, Portugal (Cont.): 9 EUR, Finnland: 12 EUR

VOM FUROR DES FORTSCHRITTS

Homo-Ehe, Sexismus-Streit, ein gesäubertes Vokabular – und Einheitstoiletten als Symbol gegen die Repression: Es triumphiert die Avantgarde der progressiven Gesinnung. Wer dabei nicht mitmachen will, stellt sich ins gesellschaftliche Abseits. Nachrichten aus dem politisch korrekten deutschen Frühling

VON REINHARD MOHR

WWF
make love
money
peace

SEIT EH UND JE steht der Berliner Bezirk Kreuzberg im berechtigten Verdacht, ein quicklebendiges Laboratorium sozialer Utopien zu sein. Nirgendwo sonst wurden in den achtziger Jahren so viele Häuser besetzt, nirgendwo sonst hatte die konkrete Anarchie des Alltags so viel Auslauf, und nirgendwo sonst wurde der 1. Mai, internationaler „Kampftag" der Arbeiterklasse, derart beim Wort genommen. So war es nur konsequent, dass diese revolutionäre Tradition auch nach der politisch zunächst verschmähten Wiedervereinigung mit dem Ostberliner Bezirk Friedrichshain fortgesetzt wurde.

Unter der doppelten Regentschaft des Königs von Kreuzberg, Christian Ströbele I., und seines grünen Bezirksbürgermeisters Franz Schulz geht FriedrichshainKreuzberg seinen antiimperialistisch-ökofeministisch-multikulturellen Weg unbeirrt weiter. Die letzte Errungenschaft ist erst ein paar Wochen alt: die Unisex-Toilette. In der Drucksache Nr. DS/0550/IV der Bezirksverordnetenversammlung heißt es, dass diese neuartigen Toilettenanlagen in öffentlichen Gebäuden von Menschen benutzt werden sollen, „die sich (1) entweder keinem dieser beiden Geschlechter zuordnen können oder wollen oder aber (2) einem Geschlecht, das sichtbar nicht ihrem biologischen Geschlecht entspricht". Spontan fallen einem hier etwa die Dschungelkämpferin Olivia Jones ein, womöglich auch Tony Marshall und Jens Riewa.

Selbstverständlich belassen es die Kräfte des Fortschritts nicht bei vergleichsweise banalen Handreichungen im Zuge der unzweifelhaft komplexer gewordenen Verrichtung menschlicher Notdurft. Nein, sie liefern höhere Soziologie, Erkenntnistheorie und Metaphysik gleich mit. Die Unisex-Toilette verhindere eine tendenziell repressive „Selbstkategorisierung in das binäre Geschlechtersystem". Originalton Drucksache DS/0550/IV: „Das kann selbst für Menschen, die sich prinzipiell zuordnen können, dazu aber nicht ständig angehalten werden möchten, angenehm sein. Sie regen außerdem dazu an, über Geschlechtertrennungen im Alltag nachzudenken."

Ein Quantensprung: die Toilette als Ort der Selbstreflexion, Ausgang aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit. Wenn Immanuel Kant davon gewusst hätte, wäre Königsberg zum Clochemerle Preußens geworden. Der kategorische Imperativ als dringende Bedürfnisklärung: Wo pinkle ich, wer bin ich, und wenn ja, wie viele? Endlich sind reaktionär verkürzte und polemisch-chauvinistische Selbstzuschreibungen jenseits des Gender-Mainstreaming wie „Ich muss mal!" passé. Wie lange haben wir auf diese Befreiung gewartet!

„Deutschland – Land der Ideen" lautete das Motto zur Fußballweltmeisterschaft 2006. Damals wurde es von nicht wenigen belächelt. Heute sehen wir, dass es keine leere Parole war. „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!", möchte man mit Ernst Reuter ausrufen. In Friedrichshain-Kreuzberg beginnt die Zukunft schon jetzt. Einen Flughafen braucht es dafür am allerwenigsten.

Im Frühling 2013 aber fegt der frische Sausewind des unaufhaltsamen Fortschritts in ganz Deutschland die letzten Reste konservativ-reaktionärer Verkrustungen hinweg. Obwohl in Berlin eine Eiserne Lady regiert, die Europa unter der Knute ihres unbarmherzigen Spardiktats in Angst und Schrecken hält, übt sich die deutsche Gesellschaft derzeit in einem täglichen Wettlauf um mehr Weltoffenheit, Liberalität und progressive Gesinnung. Schon die „Sexismus"-Debatte hat gezeigt, dass nun auch die letzten Winkel frauenfeindlicher Einstellungen gnadenlos ausgeleuchtet werden, selbst in den Redaktionen der führenden Nachrichtenmagazine und Illustrierten. Der Stern etwa erwägt, will man Gerüchten glauben, die

Einstellung einer Frauenbeauftragten, die auch die Gestaltung allzu busenlastiger Titelbilder überwachen soll. Schließlich hat die Auseinandersetzung über Sexismus sogar den Bundespräsidenten erreicht, der gewagt hatte, das Wort vom „Tugendfuror" in den Mund zu nehmen.

„Durch die Verwendung dieses Wortes", so schrieben sieben empörte junge Frauen, darunter Protagonistinnen der #Aufschrei-Debatte, in einem offenen Brief an Joachim Gauck, „bringen Sie erniedrigende, verletzende oder traumatisierende Erlebnisse sowie das Anliegen, diese Erfahrungen sichtbar zu machen, in Verbindung mit dem Begriff Furie." Da das Wort verwendet werde, um die Wut der Frauen lächerlich zu machen, bediene er „jahrhundertealte Stereotype über Frauen". Die Idee zum Brief hatte die 23-jährige Studentin Jasna Lisha Strick: „Wenn man so ein supereigenartiges Wort wie Tugendfuror liest, tut das weh und macht wütend."

Vielleicht wären Schmerz und Wut ein wenig kleiner gewesen, hätte frau zuvor mal kurz in den Duden geschaut. Womöglich wäre ihr dann der Gedanke gekommen, dass Gauck mit diesem supereigenartigen Wort vor allem die Raserei, also den Furor unserer medialen Erregungs- und Entrüstungsgesellschaft meinte, deren Talkshows sich binnen weniger Tage in eine Art virtuelles Dauertribunal hineingesteigert haben, das kaum weniger hysterisch und heuchlerisch war als die Revolutionstribunale von Fouquier-Tinville und Robespierre zwischen 1793 und 1794.

Doch auf derart feine Unterscheidungen kann der rasende Fortschritt keine Rücksicht nehmen. Das gilt nicht zuletzt für unsere Essgewohnheiten, die nicht bleiben können, wie sie sind. Täglicher Fleischkonsum, und sei es nur die bayerische Wurstsemmel in der Brotzeit – weg damit! Donnerstag ist „Veggie-Tag", auch am Münchner Viktualienmarkt und in der weiß-blauen Landtagskantine. Die einzige Frage ist: Darf man „Mohrrübchen" oder „Schwarzwurzeln" anbieten?

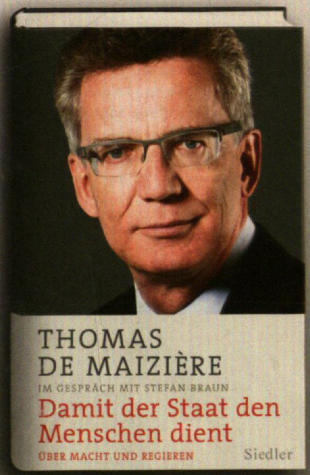
Völlig klar ist dagegen: Die „kleine Hexe" oder „zehn kleine Negerlein" im Kinderbuch – das geht gar nicht. Auch der historische Begriff der „Hexenverbrennung" muss überdacht werden. Selbst die katholische Kirche hat ja ihre „Heilige Inquisition" schon in die unverfängliche „Glaubenskongregation" verwandelt. Besorgte Sozialpädagogen fordern längst die systematische Durchkämmung aller Kinderbücher nach 1918. Und was ist eigentlich mit Lukas, dem Lokomotivführer (!), der mit seiner „Emma" (!) durch Lummerland (!) gondelt, um am Ende noch den kleinen Jim Knopf in die dampfend-stählerne (!) Männerdomäne (!) einzuführen (!)? Geht's noch patriarchalischer? Wo bleibt das Nachdenken über den binären Geschlechter-Code?

Derweil durchforsten die Säuberungskommandos der Netz-„Community" sogar den Otto-Katalog aus Hamburg. Und siehe da, sie wurden fündig. Das Corpus delicti: Ein blaues, kurzärmeliges T-Shirt mit der Aufschrift „In Mathe bin ich Deko". Hätte Dieter Bohlen oder Stefan Raab dringesteckt – kein Problem. Es wäre der Brüller gewesen, ein Must-have für alle starken Typen, die die Infinitesimalrechnung gehasst haben wie Kniestrümpfe und kurze Lederhosen. Leider hat der Otto-Versand ein kleines Mädchen posieren lassen, und schon brach auf Facebook und Twitter der Shitstorm los: „Reaktionär, chauvinistisch, sexistisch!" Das üble Klischee von den mathematisch unbegabten Frauen! Ha! Dass Frauen den Slogan entworfen hatten, spielte hier keine Rolle. Provokation, Ironie? Moralisten kennen keine Ironie! Nach zwei Tagen knickte Otto ein und nahm das T-Shirt aus dem Markt. Man darf gespannt sein, wann die erste #Aufschrei-Brigade politisch unkorrekte Kabarettisten aufstöbert und an den Pranger stellt.

Die Sprache ist ein Abbild der Realität, und wenn der soziale Fortschritt einmal eine Atempause einlegt, bleibt immer noch die Ächtung politisch unkorrekter Bezeichnungen, die sie falsch oder diskriminierend darstellen. So hat die Nationale Armutskonferenz jüngst 23 „soziale Unwörter" aufgespürt, darunter sogar das moderne Attribut „alleinerziehend". Grund: Der Begriff sage „nichts über mangelnde soziale Einbettung oder gar Erziehungsqualität". Wir verstehen: Ein solches Wort kann man nicht einfach so allein stehen lassen. Man müsste gleich einen ganzen Aufsatz schreiben. Auch von „Arbeitslosen" soll fortan nicht mehr die Rede sein. Stattdessen muss es „Erwerbslose" heißen, weil es „viele Arbeitsformen gibt, die kein Einkommen sichern".

Als gesellschaftliche Idealfigur erscheint hier Johannes Ponader, Noch-Geschäftsführer der Piratenpartei, der sich jeder

Thomas de Maizière steht Rede und Antwort



384 Seiten, gebunden, € 22,99 [D]
Auch als E-Book erhältlich

Thomas de Maizière gewährt in diesem Buch tiefe Einblicke in das Innenleben der Politik. Er spricht außergewöhnlich offen über Themen wie innere Sicherheit, Guttenbergs Doppelspiel und gefallene Soldaten. Dabei spart er nicht mit Kritik – auch an der eigenen Partei.
Ein eindrucksvolles Buch über Macht, Werte und Regieren.

Siedler
www.siedler-verlag.de

autoritären Definition seiner hochsensiblen Identität entzieht – bis in den Privatbereich hinein, wo er sich „polyamor", als nach allen Seiten offener Zeitgenosse auslebt. Er hat verstanden, was Judith Butler sagt: Geschlecht und Eros sind nichts als ein „soziales Konstrukt". Wer daran arbeitet, ist also keinesfalls arbeitslos, auch wenn er von Hartz IV lebt.

Zugegeben: Es ist auch wirklich nicht ganz leicht, die jeweils richtigen Worte zu finden. Nachdem etwa der gute alte „Ausländer" schon vor Jahren durch die „Person mit Migrationshintergrund" ersetzt wurde (Kurzform: Migrant), erweist sich nun selbst diese Formulierung als diskriminierend, weil sie „häufig mit einkommensschwach, schlecht ausgebildet und kriminell in Zusammenhang gebracht" werde. Auch die Bezeichnung „Person mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung" ist also nicht restlos korrekt. Sogar die Sprachsäuberer der Nationalen Armutskonferenz also wissen hier keine klinisch reine Endlösung.

Immerhin ist beim Ausdruck „bildungsferne Schichten", auch schon ein weich gespülter Neologismus aus dem Geist des Warmbadetags, guter Rat zur Hand. „Fern vom Bildungswesen" sollen wir nun sagen. Besser noch: „vom Bildungswesen nicht Erreichte".

Rainer Brüderle hat all das noch nicht begriffen. Hätte er mit der jungen Stern-Kollegin an der Bar des Maritim-Hotels über soziale Geschlechterdifferenz, korrekte Genderpolitik und das poststrukturalistische Rhizom-Konzept von Deleuze/Guattari gesprochen, wäre ihm die Dirndl-Sache erst gar nicht in den Sinn gekommen. Aber so ist das mit alten, peinlich zurückgebliebenen Männern: Sie leben noch voll das anachronistische Programm 1.0. Und dabei ahnen sie noch nicht einmal, was ihnen in diesem Bücherfrühling prophezeit wird: Ganz schlicht „Das Ende der Männer".

Hinterwäldlerische Null-Checker sind auch jene Zeitgenossen, die das voll krasse Sprachgemisch namens „Kiezdeutsch" nicht umstandslos für eine segensreiche Erweiterung der deutschen Hochsprache halten. „Geh isch Aldi, Alter!" ist eben kein Ausdruck „reduzierter Grammatik", wie rassistische Ignoranten behaupten, die nur Goethe und Thomas Mann gelten lassen, sondern vielmehr „eine faszinierende Entwicklung in unserer Sprache". Das jedenfalls erklärt eine Potsdamer Professorin. Mögen Ausrufe wie „Mach isch disch Krankenhaus!" wahlweise „Schlag isch disch Urban!" in ihrem semantischen Gehalt durchaus diskussionswürdig sein, was ihre tendenziell aggressive Botschaft betrifft, so spiegeln sie doch den signifikanten linguistischen Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen. German Mainstreaming ist hier das Zauberwort, die multikulturelle Angleichung der Sprechverhältnisse.

Überhaupt, die faszinierende Vielfalt der Kulturen. Nachdem nun offiziell geworden ist, dass Zehntausende Roma und Sinti aus Bulgarien, Rumänien und anderen südosteuropäischen Staaten nach Deutschland einwandern, wird als Erstes der Rassismus bekämpft, der aus den Problemen resultieren könnte, die diese neue Form europäischer Armutswanderung unweigerlich mit sich bringt. Vor allem Claudia Roth, die Schmerzensfrau des grünen Gutmenschentums, tut sich dabei hervor, tatsächliche soziale Probleme zu leugnen, indem sie in einer Art moralischer Übersprungshandlung mögliche Reaktionen darauf zur einzig wahren Gefahr für Frieden und Freiheit darstellt. Auch der Migrationsforscher Klaus J. Bade ist ein Meister in der Disziplin „Flucht in die Ideologiekritik", bei der die Konflikte einer Einwanderungsgesellschaft – und das ist die Bundesrepublik – fast ausschließlich auf das Schuldkonto der tendenziell „rassistischen"

Stets liegt ein deutliches, wenn auch unhörbares „Schämt euch!“ in der Luft

ist so schlau, einen anderen, unverfänglichen Grund vorzuschieben.

Nun also liefern Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über die letzten rechtlichen Details einer absoluten Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der bürgerlichen Ehe neuen Stoff für den großen Gleichheitsdiskurs. Unverkennbar zieht hier ein Hauch jenes „social engineering“ durchs Land, jenes sozialrevolutionären Ingenieurwesens aus den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, das nicht neue Maschinen bauen wollte, sondern den „neuen Menschen“. Am Reißbrett systematischer Gesellschaftsplanung wurde die allumfassende egalitäre Persönlichkeit entworfen, die sich von allen rückständigen Traditionen gelöst hat und in den großen Kollektiven der kommunistischen Lebenswirklichkeit ihre historische Erfüllung am roten Horizont der endlich befreiten Humanität findet.

Zugegeben, heute geht es weniger pathetisch zu, ja geradezu putzig und bieder. Niemand will sich im Industriekombinat „Roter Oktober“ selbst verwirklichen. Doch die strenggläubige neue linke Betulichkeit, die vom Spießertum nicht immer zu unterscheiden ist (Achtung: Diskriminierung!), verlangt strikten Gehorsam, wenn es um den sozialen Fortschritt geht. Weh dem, der da nicht umstandslos und fröhlich in den Chor miteinstimmt und den Hinweis auf „neue Lebenswirklichkeiten“ nicht als einziges schlagendes Argument gelten lässt! Weh dem, der über die fortschreitende Entkopplung biologischer und sozialer Realitäten samt ihren möglichen Folgen wenigstens ernsthaft reden will: Er ist ein hoffnungsloser Reaktionär, über den sich selbst Guido Westerwelle lustig macht, jener Mann, der noch vor einiger Zeit „altrömische Dekadenz“ in Deutschland beklagt hat und so selbst zu einem reaktionären Bösewicht wurde.

Nein, nun müssen alle frohgemut und zukunftstrunken mitmachen beim großen Zug der Zeit; wer da fragend, gar mäkelnd zurückbleibt, den soll der Teufel, Pardon: die Teufelin holen.

Das Schöne: Die Avantgarde der progressiven Gesinnung braucht keine Kritik, denn sie ist ja die Kritik in Person, auf die sie ein lebenslanges Abo hat. Wer sich also kritisch gegenüber den notorischen Gesellschaftskritikern äußert, stellt sich selbst ins Abseits. Und so triumphiert ein vermeintlich fortschrittlicher Mainstream ganz entspannt im Hier und Jetzt, gleichsam en passant. Auf echte Diskussion kann er locker verzichten.

Auch der kritische Journalismus reiht sich da gern ein in die Einheitsfront. Vor allem das öffentlich-rechtliche Radio hat sich zum Vorreiter einer politischen Korrektheit gemacht, die andere Positionen nur noch als lästige Randerscheinungen wahrnimmt. „100 Prozent Quote!“, jubilierte eine Woche lang „Radio 1“ vom RBB – vom 4. bis 8. März 2013 durften nur Frauen ans Mikro. Kein Wunder, dass auch eine lesbische Partnerschaft – „Mama und Mami“ – ausführlich zu Wort kam. Zwei Töchter sind der Beziehung entsprungen, für die ein passender Samenspender ausfindig gemacht wurde: die perfekte „Regenbogenfamilie“. Wer bei vier gleichgeschlechtlichen Wesen im Haus den bunten Regenbogen vermisst, dem ist wirklich nicht zu helfen.

Hauptsache, der männliche Träger des „genetischen Materials“ (O-Ton Mama) hat der Adoption jeweils zugestimmt. Jetzt darf er alle paar Wochen mal vorbeischauen. „Erziehungsaufgaben hat er nicht“, stellt Mama zur Sicherheit klar. So weit kommt's noch, dass das genetische Material über Schulprobleme seiner Kinder mitdiskutieren darf.

Eine einzige kritische Frage oder skeptische Anmerkung der Moderatorin? Göttin bewahre!

Nebbich.

Wir freuen uns jedenfalls schon auf die Einweihung der ersten Kreuzberger Unisex-Toilette am 1. Juni, um endlich einmal wieder in Ruhe über „Geschlechtertrennungen im Alltag nachzudenken“.

Wie sagte einst Karl Valentin zu Liesl Karlstadt: Es ist so einfach, und man kann sich's doch nicht merken. ♦

REINHARD MOHR
lebt in Berlin. Im April erscheint sein Buch „Bin ich jetzt reaktionär? Bekenntnisse eines Altlinken“

„ICH BIN GEGEN VERBOTE“

Die Feministin **ANNA-KATHARINA MESSMER** über ihren Brief an Gauck, Furien und Furor, den Sexismus und die Medien

Frau Meßmer, Sie und sechs andere Feministinnen haben Bundespräsident Joachim Gauck in einem offenen Brief angegriffen, weil er in einem Spiegel-Interview im Zusammenhang mit der Sexismus-Debatte von „Tugendfuror“ sprach. Was stört Sie so an diesem Begriff?

Erstens greift das Wort „Tugend“ auf uralte Klischees zurück, wonach Frauen anständig, zurückhaltend und jungfräulich sein sollten. Zweitens hat „Furor“ den gleichen Wortstamm wie der Begriff der „Furie“, der ähnlich wie „Hysterie“ dazu verwendet wird, inhaltliche Kritik von Frauen abzuwerten.

„Furor“ stammt aus dem Lateinischen – Wut, Zorn. Das Wort „Furie“ wurde im Deutschen erst im 18. Jahrhundert zum Synonym für rachsüchtige, wütende Weiber. Die semantische Verbindung zur Furie haben Sie doch erst hergestellt.

Das haben Sie gut erklärt. Seit dem 18. Jahrhundert gibt es diese semantische Verbindung. Und so hat der Bundespräsident eine inhaltliche Debatte zu einer wutgetriebenen umgedeutet und noch ergänzt, dass er kein flächendeckendes Problem erkennen könne.

Gerade Ihre ursprüngliche Aktion lief unter dem Stichwort „Aufschrei“. Das klingt doch bereits recht wutgetrieben.

Auch Sie versuchen jetzt vom eigentlichen Thema, nämlich Sexismus, abzulenken, indem Sie die Form kritisieren. Und dabei die immer gleichen Stereotype bemühen. Wer sich die vielen Blogbeiträge zu diesem Thema anschaut, wird schnell feststellen: Hier sind Frauen und Männer in einen konstruktiven Austausch miteinander getreten. Die vermeintliche Hysterie ist eine Zuschreibung. Genauso wie der Vorwurf, es ginge uns um Sprech- und Denkverbote. Das Gegenteil ist der Fall: Wir wollen eine offene Debatte darüber, wie wir ohne Sexismus zusammenleben können. Dazu muss eine Gesellschaft auch mal aushalten können, dass Menschen für ihr Verhalten und ihre Aussagen kritisiert werden.

Mit Verlaub: Der Ton der Aufschrei-Bewegung war nicht immer sachlich. Yasmina Banaszczuk, eine der Unterzeichnerinnen des Briefes, beschimpft ihre Kritiker in einem Blogeintrag als „Arschlöcher“. Ist das eine angemessene Dialogform für Feministinnen?

Nein, das stimmt so nicht. Frau Banaszczuk meint damit nicht diejenigen, die den offenen Brief oder uns inhaltlich kritisierten. Sie wehrt sich vielmehr gegen massive Anfeindungen.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Unmengen. Wir werden bei Twitter, per Mail und SMS, aber auch im persönlichen Gespräch als „Huren“, „Fotzen“ und „Schlampen“ bezeichnet. Auch unter dem offenen Brief gingen Kommentare ein, die wir nicht freigeschaltet haben: Wir seien frigide, untervögelt, wir sollten die Fresse halten. Das geht bis zu Vergewaltigungsdrohungen und Stalking. Wir versuchen diese Debatte trotzdem ruhig, unaufgeregt und inhaltlich zu führen.

Anna-Katharina Meßmer, Soziologin, SPD-Mitglied, ist in Bayern aufgewachsen. Damals wollte sie Pfarrerin werden. Als sie begriff, dass das in der katholischen Kirche nicht möglich war, wurde sie zur Feministin

In Ihrem Brief befreien Sie die Männer von einer „Kollektivschuld", um im Satz danach festzustellen, dass Sexismus ein „kollektives Phänomen" sei. Was denn nun?
Nehmen wir ein Beispiel: Wenn sich ein Chef von 20 Mitarbeiterinnen schlecht verhält, dann sind diese im schlimmsten Fall alle vom Sexismus eines Mannes betroffen. In Bezug auf die Opfer sprechen wir von einem „kollektiven Phänomen". Wenn ich aber nach diesem Vorfall alle Männer des Betriebs als Täter bezeichnen würde, wäre das die Unterstellung einer „Kollektivschuld". Das ist ein maßgeblicher Unterschied.

Ihre Botschaften scheinen nicht nachhaltig gewesen zu sein. Die Spiegel-Journalistin Annett Meiritz, die zuerst über sexistische Anfeindungen von Piraten berichtet hatte, nannte die Sexismus-Debatte „völlig überdreht". Die Talkshow-Moderatorin Anne Will räumte ein: „Wir reiten Debatten manchmal tot."
Ja, die Medien waren anscheinend an einem konstruktiven Dialog nicht interessiert. Sie deckten eher das Bedürfnis nach Empörungsgenuss und den Aufgeregtheitsbedarf und haben damit den Geschlechterkampf erst geschürt, der den Aufschrei-Unterstützerinnen so oft vorgeworfen wurde.

Der „Aufgeregtheitsbedarf" ist doch auch Treibstoff Ihrer Kampagne.
Das ist eine typische Art und Weise, jetzt wieder in die Tugendfuror-Richtung zu gehen – auch weil Sie gleich von Kampagne sprechen. Der Aufschrei hat Sexismus als flächendeckendes Problem sichtbar gemacht, es wurden bestehende Strukturen und Benachteiligungen kritisiert, und wir haben uns dafür das Netz zunutzegemacht. Das Spannende daran ist, dass die Debatte dort von Anfang an viel, viel weiter war. Daher auch unser Angebot an Herrn Gauck, sich mit uns über unsere ja doch verschiedenen Lebensrealitäten auszutauschen. Wir suchen den Dialog.

Der Bundespräsident kritisierte die Mechanismen der Medien, die „tagelang über das Verhalten eines Politikers" diskutierten. Sind Sie und Gauck damit nicht eigentlich einer Meinung?
Absolut. Wir stimmen Herrn Gauck zu, dass in der öffentlichen Debatte häufig personalisiert statt analysiert wird. Auch die Sexismus-Debatte drehte sich immer wieder um Rainer Brüderle – und nicht etwa um die vielen Schicksale, die im Netz dokumentiert wurden.

Was verlangen Sie von den Medien?
Ich kritisiere, dass die Medien die Überemotionalität, die in dem Begriff „Tugendfuror" mitschwingt, fortschreiben. Die Beschimpfungen, von denen ich eben sprach, wurden zum Teil als kritische Stimmen zitiert. Das wertet die Probleme vollkommen ab und schafft ein Stammtischniveau. Man kann sogar sagen: Damit machen sich die Medien zu Komplizen der Sexisten.

Was machen Feministinnen Ihrer Generation besser als die alten?
Ich will mich von den Feministinnen der siebziger Jahre nicht abgrenzen – im Gegenteil.

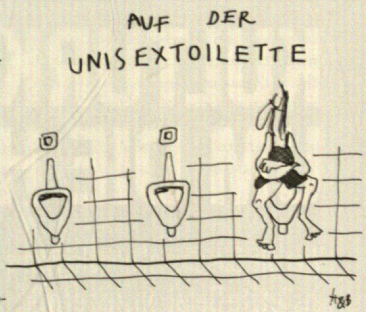
Ihre Mitunterzeichnerin Anne Wizorek, die den Hashtag #aufschrei bei Twitter anregte, sagte: „Das Problem des Feminismus in Deutschland ist, dass Alice Schwarzer über jeder Debatte schwebt."
Richtig. Und wir können doch nicht Alice Schwarzer als alleinige Vertreterin unserer Vorgängerinnen sehen.

Sie belegt Platz vier des Cicero-Rankings der 500 wichtigsten deutschen Intellektuellen – und Platz eins bei den Frauen.
Schön. Wir hören alle auf eine Feministin.

Widersprechen Sie Alice Schwarzer?
An mancher Stelle, ja. Aber – alle arbeiten sich an Frau Schwarzers Feminismus ab. Warum reden wir nicht lieber darüber, wofür wir stehen?

Bitte sehr!
Jüngst habe ich auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Vertreterinnen aus Indien, England und Deutschland diskutiert, wie Feminismus international aussehen könnte. Wir fordern alle Gleichberechtigung, körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung.

Das ist doch nichts Neues. In der Emma schrieb Alice Schwarzer: „Die zu Recht empörten jungen Frauen fangen wieder einmal bei Null an."



Ja, sie hat uns gesagt, dass das keine Kritik an uns ist, sondern ein Bedauern: „Dafür habe ich mich in den siebziger Jahren eingesetzt – und diese Frauen müssen das immer noch durchkämpfen."

Trotzdem streiten sich sogar Feministinnen darüber, was politically correct ist. Frau Schwarzer fordert das Kopftuch-Verbot – Sie nicht.
Das ist ein Punkt, bei dem ich nicht ihrer Meinung bin. Ich lehne Verbote grundsätzlich ab. Sie als weiße christliche Frau weiß nichts über die Lebensrealität von Muslimas. Ich erwarte von Feministinnen schon das Gleiche, was ich vom Bundespräsidenten erwarte: die Reflexion der eigenen Position.

„Slutwalk", eine Protestgruppe, die sich gegen das Verharmlosen sexueller Belästigung wehrt, stritt über die Frage: Darf sich eine weiße Frau bei einer Demonstration schwarz anmalen, um auf die Probleme dieser Bevölkerungsgruppe hinzuweisen?
Ich glaube nicht, dass wir weißen Feministinnen paternalistisch *people of colour* vertreten sollten.

Das heißt, Sie kämpfen nur für die arrivierte, bürgerliche, weiße Frau?
Nein! Aber ich muss anerkennen, dass ich eine dieser arrivierten, bürgerlichen, weißen Frauen bin. Doch wir können lernen zuzuhören und uns mit den Frauen und Feministinnen aus aller Welt solidarisch zeigen. Auch hier gilt: Nur wenn wir einander mit Respekt und auf Augenhöhe begegnen, kommen wir weiter. ♦

Das Gespräch führte Petra Sorge

KULTURKAMPF UM DIE HOMO-EHE

Wer die Gleichstellungslogik bis ins letzte Detail ausreizen will, hat Rückenwind und wird sich durchsetzen. Fragt sich nur, ob das unsere Gesellschaft nicht eher spaltet als befriedet

VON UDO DI FABIO

FOTO: GAO JING/XINHUA/GAMMA/LAIF

Traumhochzeit: Bei einer Modenschau in Paris schickte Karl Lagerfeld diese beiden Bräute auf den Laufsteg, um damit ein Zeichen für die Homo-Ehe zu setzten. Ein Kind ist auch schon da

WENN EIN REPUBLIKANISCHER HAUDEGEN wie Clint Eastwood sich für die sogenannte Homo-Ehe ausspricht, ertönt auch für deutsche Konservative das Signal zum Rückzug. Nüchtern und nur ein wenig resignativ hat der ehemalige, von der Union ins Amt gewählte Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier festgestellt, der Gesetzgeber habe bei der Gleichstellung keine Wahl mehr. Durch die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahre 2001 und die Billigung durch das Bundesverfassungsgericht seien die Würfel gefallen. Die Verfassung stelle zwar Ehe und Familie unter besonderen Schutz der staatlichen Ordnung, aber die Richter haben damals schon erklärt, das „Besondere" an diesem Schutz müsse nicht darin liegen, dass andere Formen des Zusammenlebens nicht dieselbe Ausgestaltung für sich beanspruchen können. Und diesem Anspruch auf gleiche Ausgestaltung müsse auch stattgegeben werden, weil ansonsten diskriminiert würde. Das klingt etwas seltsam, aber Hans-Jürgen Papier hat recht: So denken nun mal die meisten Gerichte der westlichen Welt, und der Mainstream der Intellektuellen geht sowieso in diese Richtung.

Verfassungsrechtlich scheint dieser Ansatz konsequent. Das Grundgesetz geht von der Würde des einzelnen Menschen aus, gewährleistet für jeden das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, ganz nach seinen Vorstellungen, Plänen und Wünschen. Die sexuelle Orientierung darf weder von Staat noch Gesellschaft vorgeschrieben werden. Grenzen bestehen nur dort, wo die Rechte anderer auf dem Spiel stehen. So gesehen ist die Ehe ein historisch gewachsenes, religiös und kulturell geprägtes Institut, das besonderen Schutz verdient – aber sie ist nicht exklusiv gegen den Sinn nach gleichartigen Gemeinschaften gerichtet.

Greift man hinter solche Rechtserwägungen auf den ideellen Kern der Ehe, fällt der Befund kaum anders aus. Die Ehe unterscheidet sich von bloßen Zweckgemeinschaften durch jene intime Nähe, die wir Liebe nennen, und die mit einer gemeinsamen Lebenspraxis verbunden wird, mit dem Versprechen, füreinander in guten wie in schlechten Zeiten einzustehen. Es ist kein sachlicher Grund zu erkennen, warum zwei sich liebende Frauen eine solche Bindung nicht mit entsprechenden rechtlichen Konsequenzen eingehen sollten. Es ist nicht einzusehen, warum eine solche Bindung zweier sich einander versprechender Männer nicht von der Rechtsordnung in gleicher Weise geachtet werden sollte.

Diese Sichtweise entspricht der Bindungsfreundlichkeit des Grundgesetzes. Die Verfassung gewährleistet gewiss auch die ungebundene Freiheit der Menschen, schützt den, der allein sein will, aber sie fördert doch besonders jenen Freiheitsgebrauch, der auf soziale Bindung zielt. Diejenigen, die sich mit anderen zusammenschließen, um gemeinsam etwas zu gestalten, und mit wechselseitigen Pflichten Verantwortung füreinander übernehmen, geben dem Einzelnen Stärke und entlasten andere Solidarverbände. Solche übernommene Verantwortung verdient den Respekt der öffentlichen Ordnung. Denn nur aus einer freiwillig eingegangenen Bindung wächst eine staatsfreie Gesellschaft, die zwischen dem isolierten Einzelnen und einer ansonsten übermächtigen politischen Ordnung steht: Wir nennen so etwas intermediäre Kräfte.

GIBT ES ÜBERHAUPT sachliche Gründe, die einer völligen Gleichbehandlung der Ehe mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften entgegenstehen? Will man eine Besonderheit der Ehe über den bestehenden Text des Grundgesetzes hinaus begründen, kommt man auf Kinder. Denn aus der Ehe wachsen Kinder, die dadurch entstehenden Familien sind ein originärer Schutz- und Freiheitsraum. Ehe und Familie sind kleinste, aber zugleich vielleicht auch wichtigste Einheiten einer Zivilgesellschaft, die Voraussetzung jeder gelingenden Demokratie ist. Nun weiß jeder, dass Kinder auch außerhalb von Ehen zur Welt kommen, obwohl das nicht die Regel ist, und nicht wenige Ehen gewollt oder ungewollt kinderlos bleiben, obwohl auch das nicht die Regel ist. Wenn man nach einem sachlichen Grund sucht, um einer auf Dauer angelegten, in der eheähnlichen Bindung vergleichbar gewollten gleichgeschlechtlichen Partnerschaft die Gleichstellung mit der Ehe zu verweigern, müsste man also von der Regel, vom typischen Erscheinungsbild einer Verbindung her argumentieren. Aber auch dieses

Eis, das der konservative Rückzug betritt, ist dünn. Wer der Ehe mit ihrer Eignung und Bestimmung als Keimzelle der mit Kindern bereicherten Familie Exklusivität verleihen will, gerät dann aber in die argumentative Falle, wie er den Adoptionswunsch gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften „abwehren" will. Steht das Kindeswohl einer solchen Adoption entgegen? Maßstab der Adoption ist nicht die Selbstverwirklichung der präsumtiven Eltern, sondern allein das Kindeswohl, sorgfältig zu prüfen in jedem Einzelfall. Doch das empirisch vermutlich belastbare Argument, Kinder von gleichgeschlechtlichen Verbindungen würden leichter Opfer von Mobbing und Diskriminierung, wirkt in etwa so überzeugend wie die abschlägige Bescheidung des Wunsches eines dunkelhäutigen Ehepaars, das ein weißhäutiges Kind adoptieren will.

Hier entfaltet sich nun mal eine Logik, die ein individuelles, sozial und kommunitär weitgehend dekomponiertes Menschenbild mit universell angelegten Entfaltungs- und Gleichheitsrechten durchsetzt und gegen das innerhalb des Rechts kein Traditionsargument ankommt. Traditionen müssen durch bewahrende und entwicklungsoffene Lebenspraxis lebendig gehalten werden, ihre Erosion kann von der Verfassung nicht aufgehalten werden. Causa finita est?

WER SCHON KEINE eigenen überzeugenden Argumente gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften findet, könnte allenfalls noch auf andere verweisen, die in anderen Kulturräumen unterwegs sind. Was etwa ist mit den in traditionellen Familienstrukturen verhafteten Einwanderern, was ist mit gläubigen Moslems, Juden oder Christen, die Anstoß nehmen an der Auflösung von Familienordnungen, die für sie durch Herkunft und Glauben garantiert sind? Wird eine Gesellschaft, die praktisch jede traditionelle Institution wie die Ehe dekonstruiert und sie womöglich auch durch Öffnung und Verallgemeinerung um ihre Kontur bringt, wirklich offener für die Integration? Oder fördert sie über kurz oder lang kulturoppositionelle Abschottungen hinter der Bühne des auf der ganzen Linie erfolgreichen politisch korrekten Schauspiels?

Solche Rücksichtsargumente sind nicht wirklich durchschlagskräftig, weil diejenigen an der Spitze des Fortschritts sich von den Nachzüglern nicht gerne Wegweisungen geben lassen. Aber kulturplurale Hinweise können doch nachdenklich machen. Wenn das konservative Beharren auf einem bürgerlichen Lebensentwurf, der keineswegs andere ausgrenzt, aber seine grundlegend konstruktive Bedeutung für eine freie Gesellschaft lediglich weiter bestätigt haben will, nicht mehr artikuliert werden dürfte, wäre das gefährlich für eine freie Gesellschaft. Aus der Defensive einer in Rollenklischees verhafteten Welt heraus war es durchaus legitim, die Methode des

Die Erosion von Traditionen kann durch die Verfassung nicht aufgehalten werden

Mainstreamings von „Minderheitenthemen" anzuwenden. Aber das sollte nicht zu einem permanenten Kulturkampf der Eliten – unter Einschluss der Richter, die scheinbar immer nur Gleichheitsfragen entscheiden – gegen die einstmalige, aber eben noch massenhaft gelebte „Normalität" werden. Sonst droht eine gerade in ihren liberalen Grundlagen deformierte Gesellschaft.

Auch in westlichen Gesellschaften gibt es viele Menschen, denen das Institut der Ehe und ihre Bestimmung, Form intimer Lebensgemeinschaft und Quelle einer neuen Familie zu sein, etwas ganz Besonderes, für religiöse Menschen sogar etwas Sakramentales ist. Diese Auffassung müssen nicht alle teilen, aber man sollte nicht so tun, als gäbe es jene Alltagsorientierung nicht mehr.

WAS BEDEUTEN solche Einsichten für die praktische Politik? Wer die Gleichstellungslogik bis zum letzten Detail ausreizen will, hat Rückenwind und wird sich durchsetzen: Ehegattenzuschlag im öffentlichen Dienst auch für Lebenspartnerschaften, Ehegattensplittung, Adoptionsrecht. Eine liberal-konservative, eine bürgerliche Politik wäre nicht gut beraten, wenn sie hier symbolisch Widerstand leistete, auf Ver digungsstellungen, die nicht zu halten si Auch der Versuch, die Ehe in ihrer Bed tung allein auf die Pflege und Erziehu von Kindern zu verengen, ist nicht üb zeugend. In diese Richtung geht der V schlag, das Ehegattensplitting abzuschaff und durch ein Familiensplitting zu ersetz Die Behandlung des von den Eheleuten zielten Einkommens als Gemeinschaftse kommen, das durch zwei geteilt (gesplitt wird, bekämpfen manche ideologisch i Herdprämienvokabular, weil sie angeblic nur „Alleinverdienerehen" privilegiere. Wirklichkeit verdienen aber kaum je beid Eheleute exakt das Gleiche, sodass die A schaffung des Ehegattensplittings auf ein fühlbare Steuererhöhung der Verheirat ten hinausliefe. Artikel 6 des Grundgese zes will aber die Ehe gerade als Gemein schaft, die freiwillig als Solidargemeinschaf begründet wurde, unter den besonderen Schutz stellen.

Das gesamte Einkommen einer Fami lie mit Kindern durch die Zahl der Köpfe zu teilen, wäre ohne Zweifel genauso fol gerichtig wie das Ehegattensplitting und demografisch sowieso angezeigt. Aber wo kommt das Geld her? Es besteht der Ver dacht, dass die Einnahmeausfälle des Fa miliensplittings von kinderlosen Eheleuten bezahlt werden sollen und von denjenigen, die ihre Kinder bereits großgezogen haben, aber jetzt nicht mehr vom Familiensplitting profitieren würden. Mit einer Verfassungsvorschrift, die auch die kinderlose Ehe unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, lässt sich ein solches Vorgehen nur schwer in Einklang bringen.

Es wäre vielleicht doch naheliegender, der Ehe eine prinzipiell familien- und steuerrechtlich gleichgeregelte Institution an die Seite zu stellen, als sich noch weiter von einem recht eindeutigen Verfassungstext zu entfernen. Gelassenheit des bürgerlichen Lagers ist angezeigt, aber auch mehr Kritik an denjenigen, die so tun, als sei die Politik eine Bühne für den permanenten Kulturkampf gegen ein wohlfeiles Feindbild dunkler konservativer Mächte, die längst nicht mehr existieren. ♦

UDO DI FABIO
ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Bonn. Er war von 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht

WEHRLOS, ABER NICHT EHRLOS

Vor 80 Jahren besiegelte das Ermächtigungsgesetz das Ende der Weimarer Republik. Allein die SPD hatte versucht, sich dagegenzustemmen. Dritte Folge einer Serie

VON PHILIPP BLOM

Als Otto Wels sich am 23. März 1933 in der Berliner Kroll-Oper erhob, um eine Rede zu halten, wurde er zum letzten Helden der sterbenden Weimarer Republik. Nach dem Reichstagsbrand war die Kroll-Oper zum provisorischen Parlament umfunktioniert worden, und hier fand die Debatte über das Ermächtigungsgesetz statt. Vielleicht ist „Debatte" das falsche Wort. Denn viele Kommunisten waren der Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand zum Opfer gefallen, und so blieben die Bänke der KPD leer. Außer der SPD hatte keine der anwesenden Parteien die Absicht, gegen das Gesetz zu stimmen. Der ehemalige Tapezierergeselle und spätere Fraktionsvorsitzende Wels war der Einzige, der es angesichts der im Saal postierten bewaffneten SA-Männer wagte, gegen das Gesetz zu sprechen.

Das Protokoll der Sitzung verzeichnet jeden Zwischenruf und jeden Lacher (aus den Reihen der NSDAP) während der Rede, der wichtigsten in Wels' Leben. Da er das Gesetz nicht verhindern konnte, blieb ihm nichts anderes übrig, als den ehemaligen SPD-Reichskanzler Gustav Bauer zu zitieren, der 1919 bei der Debatte um die Unterzeichnung des Vertrags von Versailles im Reichstag gerufen hatte: „Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos. Gewiss, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel, aber dass dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, dass es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist mein Glaube, bis zum letzten Atemzug."

Damals hatte das besiegte und gedemütigte Deutsche Reich seine Alleinschuld am Krieg unterschreiben müssen. Bauer aber spielte auch auf die Dolchstoßlegende an, die Behauptung der rechten Parteien, die damalige SPD-Regierung wäre der siegreichen deutschen Armee durch ein Friedensangebot an die Alliierten in den Rücken gefallen und habe das Vaterland verraten. Eine Legende, die wie keine andere das demokratische Klima der Weimarer Republik vergiftet hatte.

Jetzt musste die SPD zusehen, wie dem Parlament die letzten demokratischen Befugnisse aus der Hand genommen wurden. Der Protest war rein symbolisch, aber nicht weniger wichtig. Wehrlos, aber nicht ehrlos.

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 24. März 1933 war nicht das erste Ermächtigungsgesetz der Weimarer Republik, aber es sollte ihr letztes sein. Elf frühere Ermächtigungsgesetze hatten der Regierung zwischen 1914 und 1927 mehr oder weniger verfassungskonform zusätzliche Vollmachten und Handlungsfreiheit gegeben. 1933 hatte die NSDAP mit 288 Sitzen und in Abwesenheit der KPD, deren Abgeordnete verhaftet oder untergetaucht waren, ohnehin eine absolute Mehrheit im Reichstag und brauchte keine Notverordnungen, um regieren zu können. Das Gesetz war aber der entscheidende Schritt, um die Demokratie endgültig auszuhebeln. Es erlaubte der Regierung Hitler, direkt und ohne Konsultation des Parlaments Gesetze zu verabschieden und internationale Abkommen zu treffen. Der Reichstag wurde zur Propagandakulisse für Brandreden gegen die postulierten Feinde von Volk und Vaterland.

Otto Wels, ein eher schmächtiger Mann mit hoher Stirn und intensiven Augen, sprach nicht besonders mitreißend an diesem Tag. Er war kein großer Redner, und seine Rhetorik und seine Stimme, die in historischen Aufnahmen noch immer zu hören ist, wirken bemüht und manchmal bühnenhaft überzogen – die Worte eines redlichen Mannes, nicht eines großen Demagogen. Wels verteidigt seine Partei etwas bemüht und folgt ganz der offiziellen Linie. Er hat hörbar Angst. Nur einmal hebt sich seine Stimme, aus gegebenem Anlass, zu echter emotionaler Intensität: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!", sagt er. Die Bedrohung ist für ihn sehr konkret. Anfangs herrscht fast völlige Stille im Saal, dann kommt zögerlich sozialdemokratischer Applaus, dann, langsam, überwiegt das Lachen der Nationalsozialisten. Am Ende der Rede bricht ein Tumult aus.

Nur einer erhob seine Stimme gegen Hitler: Otto Wels' Rede gegen das Ermächtigungsgesetz wurde zum Schwanengesang der deutschen Demokratie. Nur wenige Monate später flüchtete der SPD-Abgeordnete ins französisch besetzte Saarland

Dann kommt Adolf Hitler. Hitler, der große Redner, siegesgewiss und erregt. Er beginnt leise und langsam, greift die SPD an und steigert sich dann in eine hysterische Wut hinein, die von seinen Abgeordneten und den SA-Männern enthusiastisch beklatscht wird. Er klagt an, brüllt, skandiert und wird von aufbrausendem Applaus und gellenden Bravorufen begleitet. Es ist eine große Darbietung. Am Ende stehen nur noch Ausrufe und kaum verschleierte Drohungen.

„Sie, meine Herren, sind nicht mehr benötigt!", ruft der Reichskanzler den sozialdemokratischen Abgeordneten zu. Und: „Sie meinen, dass Ihr Stern wieder aufgehen könnte! Meine Herren, der Stern Deutschland wird aufgehen und Ihrer wird sinken." Zum Abschluss seiner wütenden Tirade erteilt Hitler Wels und dessen Parteifreunden, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen wollen, eine letzte Abfuhr: „Ich will auch gar nicht, dass Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!"

Hitlers Triumph war vollkommen. Mit dem mit großer Mehrheit angenommenen Gesetz hatte er sich nicht nur die ganze Macht im Staat gesichert, sondern auch den Anschein der Legalität gewahrt. Das war wichtig, denn er brauchte die deutsche Beamtenschaft, um regieren zu können. Und viele konservative Beamte hätten einem Regime ohne gesetzliche Grundlange wohl nur widerwillig gedient.

Für Otto Wels bedeutete seine mutige Stellungnahme das Ende seiner parlamentarischen Karriere. Im Mai 1933 flüchtete er ins französisch besetzte Saarland, um der Verhaftung zu entgehen, im August wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Vom Podium aus hatte er sich dagegen gewandt, politische Gegner als vogelfrei zu behandeln. Jetzt war er es selbst. Er arbeitete weiterhin aus dem Exil für seine Partei, zuerst in Prag, dann, nach 1938, in Paris. Dort starb er im Jahr darauf, im Alter von 66 Jahren. Deutschland hat er nicht wiedergesehen.

Die zögerliche Rede, die Wels am 23. März 1933 in der Kroll-Oper gehalten hatte, wurde zum Schwanengesang der deutschen Demokratie. Der Schauplatz der letzten parlamentarischen Konfrontation wurde während des Krieges durch Bomben und Straßenkämpfe schwer beschädigt. In der Nachkriegszeit wurden im Garten neben der Ruine Tanztees und populäre Konzerte veranstaltet. 1957 riss man das Gebäude ganz ab. Heute ist an seiner Stelle eine Rasenfläche vor dem Bundeskanzleramt.

Wir werden den Weg in die Diktatur von 1933 weiterhin nachzeichnen. In der nächsten Ausgabe wenden wir uns der Bücherverbrennung zu. ♦

PHILIPP BLOM *ist Historiker und Autor. Seine Bücher „Der taumelnde Kontinent" und „Böse Philosophen" wurden mehrfach ausgezeichnet*

FOTOS: KEYSTONE; PETER RIGAUD (AUTOR); GRAFIK: CICERO